

"Marktwirtschaft ist das Mittel, Demokratie der Zweck"

Finanzkrise: Die Jagd nach hohen Renditen ist für Berthold Huber, Erster Vorsitzender der IG Metall, die Ursache für die Wirtschafts- und Finanzkrise. Er unterstützt die von der Bundesregierung geplante Finanztransaktionssteuer und fordert eine Ausweitung der Mitbestimmung. Die Mitbestimmung im Aufsichtsrat sollte sich an der Montanindustrie orientieren.

VDI nachrichten, Düsseldorf, 28. 5. 10, has

VDI nachrichten: Herr Huber, Sie wollen die Marktwirtschaft neu erfinden. Hat sich die alte nicht bewährt?

Huber: Wir haben seit 20 Jahren einen Kapitalismus, der die soziale Marktwirtschaft durch das Shareholder value-Prinzip ersetzt hat und der den Profit über alles stellt. Die Wirtschaftskrise ist eine Bankrotterklärung für diese Art zu wirtschaften: Ohne Korrektur stehen wir vor dem nächsten Crash.

Woher kommt die Verabsolutierung des Profits? Aus den Banken oder aus der Realwirtschaft?

In erster Linie kommt es aus dem Finanzwesen, aber auch in der Realwirtschaft ist seit Ende der 90er-Jahre ein wahnsinniger Druck auf die Renditen zu spüren. Da müssen immer häufiger zweistellige Renditen geliefert werden. Herr Ackermann von der Deutschen Bank steht da nicht ganz allein

Das Geld, das in der Finanzwirtschaft verzockt wurde, wurde aber in der Realwirtschaft verdient.

Das ist richtig. Aber auch durch die Senkung der Einkommen- und der Gewinnsteuern wurde viel Geld an die Börsen gespült.

Hat nicht auch die Lohnzurückhaltung der vergangenen Jahre die Spekulation angeheizt?

Das sehe ich nicht so. Die Anleger, Hedgefonds und Private Equity-Fonds, haben mit ihrem Renditewahn die Industrie unter Druck gesetzt. Wir müssen fragen, ob die Wirtschaft den Menschen dienen soll oder den Interessen einer privilegierten Minderheit. Die Marktwirtschaft ist nur Mittel zum Zweck, die Demokratie ist der Zweck. Deshalb spreche ich von einer sozialen marktwirtschaftlichen Demokratie. Um die

Demokratie haben sich die in Ökonomie und Wissenschaft tonangebenden Neoliberalen nicht mehr geschert, nur noch um den Gewinn. So haben antidemokratische Positionen in der Finanzwirtschaft Einzug gehalten. Der frühere Chef der Deutschen Bank, Rolf Breuer, bezeichnete die Kapitalmärkte als fünfte Macht im Staate.

Die Bundesregierung will eine Finanzmarkttransaktionssteuer einführen - wenn es global nicht klappt, dann in der EU. Wie stehen Sie dazu?

Das ist ein guter Ansatz. Europa ist ökonomisch ein Schwergewicht, dass eine solche Entscheidung nicht ohne Nachahmer bliebe.

Wie hoch sollte der Steuersatz sein?

Dieser Satz müsste deutlich höher ausfallen als die vielfach diskutierten 0,05 %. Doch schon bei diesem minimalen Satz würden in Deutschland zwischen 10 Mrd. Euro und 25 Mrd. Euro in die Kassen gespült. Es ist blamabel, dass man bis jetzt nicht die Kraft gefunden hat, es mit dem Widerstand gegen die Besteuerung von Finanzmarktgeschäften aufzunehmen, der von den Börsenplätzen in Großbritannien und den USA kommt.

Wer herrscht in Europa? Die Banken oder die Politik?

Wenn man sich überlegt, dass seit zwei Jahren über die Regulierung der Finanzmärkte gesprochen wird und seither kaum etwas in dieser Richtung geschehen ist, muss man ernüchert feststellen, dass die Finanzwirtschaft bisher keine Konsequenzen fürchten musste.

Den Primat der Politik will auch die Kanzlerin. Ist sie auf dem richtigen Weg?

Wichtig ist, dass diese Gesellschaft nicht auseinanderbricht. Dazu bedarf es

eines Kurswechsels. Ein Anfang sollte gemacht werden mit der Änderung des Aktiengesetzes. Vorstand und Aufsichtsrat müssen verpflichtet werden, nicht nur die Interessen der Aktionäre zu verfolgen, sondern auch die der Beschäftigten und der Gesellschaft. Kein Unternehmen kann existieren, ohne staatliche Leistungen in Anspruch zu nehmen. Und, was in den Hintergrund getreten ist: Die Menschen müssen ein anständiges Leben führen können.

Was gehört zu diesem anständigen Leben?

Die Beschäftigten müssen von ihrer Arbeit leben können. Derzeit bekommen rund 1 Mio. Beschäftigte staatliche Leistungen, weil ihr Lohn nicht ausreicht, trotz Vollzeitarbeit. Das liegt auch daran, dass es in Deutschland keinen Mindestlohn gibt. Arbeit darf auch nicht krank machen. Die Beanspruchung durch körperliche Belastung ist in den vergangenen Jahren zwar deutlich gesunken, stark zugenommen hat aber die psychische Belastung. Dieses Problem lässt sich durch eine erweiterte Mitbestimmung in den Betrieben verringern.

Betriebsräte haben doch schon weitgehende Mitbestimmungsrechte.

Die Mitsprache muss trotzdem ausgeweitet werden, z. B. bei der Beschäftigung von Leiharbeitern. Die verdrängen immer mehr die tarifvertraglich abgesicherten Arbeitsplätze, Betriebsräte können das nicht verhindern. Wenn die Zukunft der deutschen Wirtschaft von Können, Kreativität und der Leistungsbereitschaft des Einzelnen abhängig ist, dann kann man Mitsprache und Mitbestimmung nicht verweigern. Beschäftigten müssen Spielräume eröffnet werden. Das gilt z. B. für die Arbeitszeit. Da müssen wir nicht jede Einzelheit im

Tarifvertrag festlegen. Obergrenzen müssen gelten, aber wie die Arbeitszeit verteilt wird, kann in den Betrieben entschieden werden, vor allem die Arbeitszeit für Ingenieure oder IT-Spezialisten.

Sie verlangen auch, die Mitbestimmung im Aufsichtsrat zu erweitern. In Unternehmen mit mehr als 2000 Beschäftigten stellen die Arbeitnehmer die Hälfte der Sitze im Aufsichtsrat, in kleineren Unternehmen ein Drittel. Reicht das der IG Metall nicht?

Es wird übersehen, dass bei der paritätischen Mitbestimmung die Kapitalseite immer über eine Mehrheit verfügt, weil der Aufsichtsratsvorsitzende, der von den Kapitaleignern gestellt wird, eine zweite Stimme hat. Dieses doppelte Stimmrecht sollte aber in wichtigen Fällen nicht greifen, z. B. bei der Schließung von Unternehmensteilen. Die sollte nur mit einer Zweidrittelmehrheit beschlossen werden können. Mir erschließt sich nicht, warum die Mitbestimmung nicht schon in Unternehmen mit 1000 Beschäftigten möglich sein soll. Bei der Mitbestimmung sollten wir uns stärker an der Montanindustrie orientieren. Dort hat der Aufsichtsratsvorsitzende kein doppeltes Stimmrecht. Bei Stimmgleichheit entscheidet der "neutrale Mann", auf den sich beide Seiten einigen müssen.

In der Satzung der IG Metall steht, dass Schlüsselindustrien sowie markt- und

wirtschaftsbeherrschende Unternehmen in Gemeineigentum überführt werden sollen. Ist das für Sie noch aktuell?

Vor zwei Jahren hätte ich fast nein gesagt, aber heute sehe ich das anders, wenn ich an die Banken denke, die ganz oder teilweise verstaatlicht wurden. Wobei eine Verstaatlichung nicht zu verwechseln ist mit Vergesellschaftung. Diese Forderung ist in die Satzung im Jahr 1949 aufgenommen worden. Damals wollten auch die großen Volksparteien eine Sozialisierung, das war keine Besonderheit der IG Metall.

Der Einstieg des Staates bei den Banken soll nur vorübergehend sein, um die Geldhäuser über die Krise zu bringen.

Aber auch ein dauerndes Engagement der öffentlichen Hand muss nicht schlecht sein. Volkswagen und die Salzgitter AG zeigen doch, dass der Staat, in diesen beiden Fällen das Land Niedersachsen, nicht von vornherein der schlechtere Unternehmer ist. Es gab ja auch in der Vergangenheit immer wieder Lob für den Einstieg von ausländischen Staatsfonds in deutsche Unternehmen. Warum sollen dann Beteiligungen von Bund oder Ländern schlecht sein?

Sie wollen die Mitarbeiterbeteiligung ausbauen. Die trifft selbst bei Beschäftigten auf Zurückhaltung.

Es gibt ideologisch begründete Vorbehalte, nicht nur bei den Beschäftigten, vor allem bei Arbeitgebern und in der

Wirtschaftspresse. Wir brauchen die Beteiligung der Mitarbeiter an den Unternehmen, weil wir in der Industrie vor tiefen strukturellen Veränderungen stehen, z. B. beim Thema Elektromobilität. Da muss viel investiert werden, ohne sicher sein zu können, dass sich das rentiert. Deshalb brauchen die Unternehmen geduldige Aktionäre und nicht nervöse Investoren, die von Unternehmen zu Unternehmen springen. Die Belegschaft ist ein solcher geduldiger Aktionär. Dabei darf die Beteiligung aber nicht aus Tarifierhöhungen bezahlt werden, das muss oben drauf kommen.

Hat Deutschland eine industrielle Zukunft?

Davon bin ich überzeugt. Wohin es führt, wenn man vermeintliche Alt-Industrien nicht mehr pflegt, zeigen die Batterie-Hersteller. In Deutschland gibt es keinen einzigen mehr. Heute hat Deutschland auf diesem Gebiet Defizite, die wir nur mühsam aufholen. Es gibt kaum noch Lehrstühle für Elektrochemie, die Ingenieur- und Facharbeiterkapazitäten auf diesem Gebiet sind auch beschränkt. Chinesen sagen mir, dass sie sich vom weltweiten Markt für Batterietechnik, die bei der Elektromobilität eine entscheidende Rolle spielt, 90 % abschneiden wollen.

HARTMUT STEIGER

Abbildung

Berthold Huber: "Die Anleger, Hedgefonds und Private Equity-Fonds, haben mit ihrem Renditewahn die Industrie unter Druck gesetzt." Foto: dpa